

Theo Sommer

Neue Regierung – alte Politik?

Deutschland unter der Großen Koalition

Deutsches Historisches Institut
Moskau
13. November 2006

Es ist mir eine besondere Ehre, vor dem Deutschen Historischen Institut in Moskau zu sprechen. Als ich vor einem halben Jahrhundert in Tübingen Geschichte studierte, auf einem der frühen Höhepunkte des Kalten Krieges, hätte ich mir nie träumen lassen, dass es ein solches Institut jemals in der russischen Hauptstadt geben könne; dass über dem Kreml nicht mehr die rote Fahne mit Hammer und Sichel wehen würde; und dass unsere beiden Länder nach allem, was sie im 20. Jahrhundert miteinander durchgemacht und aneinander gelitten haben, sich heute in freundschaftlicher Selbstverständlichkeit verbunden wissen dürften. Es hat sich hier das Wort eines französischen Historikers bewiesen: Man soll die Geschichte nie durch einen Mangel an Phantasie beleidigen.

Mein Thema ist heute Abend das Deutschland der Großen Koalition ein Jahr nach dem Amtsantritt der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Das ist keine ganz leichte Aufgabe. Die Koalition der beiden großen Volksparteien, der Christdemokraten und der Sozialdemokraten, hat in ihren ersten elf Monaten noch nicht wirklich Tritt gefasst; jedenfalls kann von Gleichschritt keine Rede sein. Es klafft ein breiter Graben zwischen politischen Versprechen und praktischer Erfüllung; zwischen dem, was notwendig ist und dem, was möglich scheint; zwischen der Dringlichkeit von Reformen und dem Tempo ihrer Ingangsetzung. Wohl sind eine Reihe von Reformprojekten angeschoben worden, andere befinden sich im parlamentarischen Entscheidungsprozess. Aber das Publikum wird allmählich ungeduldig. Es will Ergebnisse sehen, nicht nur ständig von internen Auseinandersetzungen der Koalitionspartner hören und lesen.

In den Meinungsumfragen verliert die Große Koalition fortschreitend an Zustimmung. CDU/CSU und SPD liegen beide vier bis fünf Prozentpunkte unter ihrem Wahlergebnis vom 18. September vorigen Jahres. In einigen Umfragen ist die Partei der Kanzlerin sogar hinter die Sozialdemokraten zurückgefallen.

Ich will Sie weder mit den Details der koalitionsinternen Streitigkeiten langweilen noch mit dem Kleingedruckten der verschiedenen Reformprojekte – den umstrittenen Vorschlägen für die Gesundheitsreform, der Reform des Rentensystems oder der Steuerreform. Stattdessen möchte ich Ihnen zehn Thesen vortragen, die Ihnen helfen mögen, das Gesamtbild besser zu verstehen.

These Nr. 1

Seit der Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 hat sich die deutsche Politik üblicherweise in langen Zyklen vollzogen. Konrad Adenauer (CDU) regierte vierzehneinhalb Jahre, die Sozialdemokraten Willy Brandt und Helmut Schmidt amtierten zusammen dreizehn Jahre, Helmut Kohl (CDU) brachte es auf sechzehn Jahre. Wohl hatten wir schon zwei Kurzzeitkanzler, Ludwig Erhard (1963-66) und Kurt-Georg Kiesinger (1966-69), doch waren sie beide nicht aus Parlamentswahlen hervorgegangen, sondern mitten in der Legislaturperiode auf den Schild gehoben worden. Im vorigen Jahr hat Gerhard Schröder dieses Muster der langen Zyklen unterbrochen: Er warf nach sieben Jahren das Handtuch und setzte Neuwahlen an, die er verlor. Jetzt ist sehr die Frage, ob sich das Langzeitschema wieder durchsetzen wird, oder ob wir von nun an Kanzlerwechsel in schnellerer Folge erleben werden.

Die Antwort auf diese Frage wird dadurch erschwert, dass sich die Aufstellung der Parteien entscheidend verändert hat. Zwar waren im ersten Bundestag noch elf politische Gruppierungen vertreten, doch die Einführung der Fünfprozent-Klausel 1953 ließ die Zahl rasch auf drei schrumpfen: CDU/CSU, SPD und FDP. Dies blieb so, bis in den neunziger Jahren die Grünen neu auf den Plan traten. Doch auch dann genügte jeder der beiden großen Parteien *eine* der kleinen Parteien, um eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden. Inzwischen hat sich aber die aus der PDS hervorgegangene Linke offensichtlich auf Dauer etabliert. Bei den letzten Wahlen wurde sie mit 8,7 Prozent viertstärkste Partei. Es hat ganz den Anschein, dass sie als eine von nunmehr fünf Bundestagsparteien eine wachsende Rolle spielen wird, und zwar als eine im wesentlichen ostdeutsche Regionalpartei postkommunistischer Prägung, vergleichbar etwa der CSU, dem bayerischen Flügel der CDU. Dies jedoch bedeutet, dass angesichts des Schwächelns der großen Volksparteien in Zukunft *zwei* kleine Parteien nötig sein werden, um Christdemokraten oder Sozialdemokraten eine Mehrheit zu beschaffen. Deutsche Politik wird damit ein gehöriges Stück komplizierter – und auch ein Stück unberechenbarer.

These Nr. 2

Für meine zweite These gibt es keine wissenschaftlichen Belege, doch spricht sehr vieles dafür: Hätte Gerhard Schröder durchgehalten, wären die Wahlen nicht vorgezogen, sondern zum regulären Wahltermin im September 2006 abgehalten worden, so hätte er durchaus einen dritten Wahlsieg an seine Fahnen heften können. In seinen jüngst erschienenen Memoiren bezeichnet er den Auflösungsbeschluss als „eine staatspolitisch notwendige Entscheidung.“ Er unterstellt, dass Teile der Gewerkschaften systematisch auf seinen Sturz hinarbeiteten, und er berichtet, sein Majordomus Franz Müntefering habe ihm

nicht mehr die verlässliche Gefolgschaft der Partei und der SPD-Bundestagsfraktion garantieren können. Obendrein hatte die SPD in dreizehn Landtagswahlen nacheinander an Stimmen verloren, und die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat blockierte seine Politik. Schröder sah, zu Recht oder zu Unrecht, eine Staatskrise voraus.

Viele Beobachter in Deutschland bewerten die Situation ganz anders. Hätte der Kanzler die Nerven behalten, argumentieren sie, so hätte er den Trend wiederum wenden können – wie schon einmal im Jahr 2002. Am Ende einer teils fahrig, teils in Erstarrung verfallenen ersten Amtsperiode lag die SPD damals zehn Prozentpunkte hinter den beiden Unionsparteien. Schröder hatte manchen neuen Anfang gewagt – mit einer ersten Steuerreform, die den Steuersatz von 49 auf 42 Prozent absenkte, einer ersten Rentenreform, der teilweisen Privatisierung von Staatsunternehmen und der Umstrukturierung der Arbeitsmarktpolitik, die mit dem Namen Hartz verbunden ist. Auch hatte er mit einer Staatsbürgerschaftsregelung, die mit dem alten *ius sanguinis* brach, mit dem Zuwanderungsgesetz und mit der Homo-Ehe einige gesellschaftspolitische Zöpfe abgeschnitten. Auf dem Feld der Außenpolitik hatte er sich den realpolitischen Erfordernissen der neuen Weltlage gebeugt und Bundeswehrsoldaten ins Kosovo, nach Mazedonien und nach Afghanistan entsandt. Aber das allgemeine Urteil über die Regierung war nicht überschwänglich. Am Ende hoben ihn sein beherztes Auftreten bei der Bewältigung der Oderflut und seine entschiedene Opposition gegen Präsident Bushs Irakpolitik – eine Opposition aus Überzeugung, nicht aus Wahlkalkül – noch einmal knapp in den Sattel, und sei es auch nur dank des Zuwachses der Grünen.

Hätte Schröder also den Trend abermals wenden können, wenn er durchgehalten hätte? Hat er voreilig aufgegeben? Wie gesagt: Er bestreitet es. Aber es ließen sich dafür durchaus plausible Argumente finden.

Erstens: Seine Agenda 2010, Anfang 2004 erst in Kraft getreten, hatte keineswegs schon ihre volle Wirkung entfaltet; noch traten ihre Kinderkrankheiten stärker in Erscheinung als ihre positiven Effekte.

Zweitens: Die Stimmung im Lande besserte sich im Frühjahr 2006. Plötzlich war es vorbei mit der Kaufzurückhaltung des Publikums, mit dem schlechten Investitionsklima in der Wirtschaft, mit all den düsteren Erwartungen.

Drittens: Die Fußballweltmeisterschaft machte aus „Deutschland, ewig Katerland“ (so die ZEIT) ein Land in euphorischer Aufbruchstimmung. Mit diesem Schwung in den Wahlkampf zu starten – das hätte Rot-Grün den dritten Wahlsieg bescheren können.

Vollends hätten die Wirtschaftsdaten dieses Herbstes sich zugunsten der rot-grünen Koalition ausgewirkt. Die Arbeitslosigkeit ist zum ersten Mal seit vier Jahren unter die Vier-Millionen-Marke und damit unter 10 Prozent (9,8%) gesunken; es gibt 470.000 Stellensuchende weniger als vor einem Jahr; und es sind über eine Viertelmillion neue Arbeitsplätze entstanden. Die Binnenkonjunktur ist wieder angesprungen, vor allem durch kräftig belebte Investitionstätigkeit; für 2006 wird nun ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent erwartet. Der deutsche Aktienindex DAX hat ein Fünfjahreshoch von über 6.000 Punkten erreicht. Die Inflationsrate liegt deutlich unter 2 Prozent. Zugleich ist Deutschland Exportweltmeister – 786 Milliarden Euro betrug das Ausfuhrvolumen im vergangenen Jahr. Und auf einmal sprudeln die Steuern wieder – 40 Milliarden Euro mehr als erwartet nimmt der Fiskus in diesem

Jahr ein; zum ersten Mal seit vier Jahren wird Deutschland die Neuverschuldungsgrenze des EU-Stabilitätspaktes von 3 Prozent nicht überschreiten. Auch die Agentur für Arbeit und die Rentenversicherung melden mit einem Mal Überschüsse in Höhe von 4,5 bzw. zehn Milliarden Euro.

Es zeichnet sich hier ein Durchbruch auf breiter Front ab, den nach den meisten Analysen auch die bevorstehende Mehrwertsteuer-Erhöhung von drei Prozentpunkten nicht wird abwürgen können. Gewiss haben die Lohnentwicklung der Gewerkschaften und die Restrukturierungsmaßnahmen der Industrie, gewiss hat auch die Weltkonjunktur dazu beigetragen. Indessen lässt sich nicht leugnen: Angela Merkel erntet, was Gerhard Schröder gesät hat.

Er hat es nicht darauf ankommen lassen wollen. So haben wir nun die Große Koalition. Kaum einer hat sie erwartet. Nur wenige haben sie gewollt. Bloß noch knapp ein Fünftel ihrer Bürger sind zufrieden mit ihrer Arbeit.

These Nr. 3

Das Wahlergebnis vom 18. September 2005 hat alle überrascht: die Parteien und die Parteienforscher, die Presse und das Publikum. Ganz allgemein wurde vor dem Wahlsonntag ein Sieg der Opposition erwartet. In den Frühjahrsumfragen waren die Sozialdemokraten auf 25 Prozent abgerutscht. Schröder legte zwar einen fulminanten Wahlkampf hin, aber mehr als 30 Prozent traute der SPD kaum jemand zu. Hingegen galt als gesichert, dass die CDU/CSU 42 bis 44 Prozent der Stimmen auf sich würde vereinigen können; zusammen mit den 10 Prozent, die den Freien Demokraten vorhergesagt wurden, hätte das eine komfortable Mitte-Rechts-Mehrheit und eine feste Basis für eine neoliberale Reformpolitik ergeben. Aber es kam anders.

Angela Merkel schaffte es, binnen weniger Wochen einen Vorsprung von 20 Prozentpunkten zu verspielen; die CDU/CSU blieb bei 35,2 Prozent hängen. Gerhard Schröder aber brachte es fertig, seine Partei aus der Talsohle auf 34,3 Prozent zu führen. Das heißt: Die beiden großen Parteien waren fast gleich stark, CDU und CSU erhielten nur drei Mandate mehr als die SPD. Keine Koalition zwischen einer der beiden großen und einer der kleinen Parteien hätte bei dieser Sachlage eine Mehrheit gehabt. Mehrere Ansätze zu einer Dreierkoalition scheiterten – die „Jamaika“-Koalition (schwarz-gelb-grün wie die Flagge des karibischen Staates) ebenso wie die „Ampel“-Koalition (rot-gelb-grün). So blieb nur eines: die Bildung einer Großen Koalition.

Für den Absturz der CDU/CSU gibt es eine einleuchtende Erklärung: Frau Merkel wurde bestraft für ihr neoliberales Reformprogramm. Es hatte zwar den Beifall konservativer Ökonomen gefunden, auch des sehr theorielastigen Professors Paul Kirchhof, den sie zu ihrem Finanzminister machen wollte. Das Wahlvolk freilich weigerte sich, ein Maßnahmenpaket zu schlucken, als dessen Kennzeichen es eine durchdringende „soziale Kälte“ empfand. Die CDU verlor deswegen 1,9 Millionen Stimmen im Vergleich zu 2002.

Dieses Wahlergebnis hat seinen Eindruck auf die Christdemokraten nicht verfehlt, Seitdem streiten sie heftig über die richtige Balance zwischen ökonomischer Flexibilität und sozialer Fairness. Insgesamt sind die CDU und die CSU wieder ein gutes Stück nach links gerückt – so weit, dass die Sozialdemokraten bereits befürchten, von ihnen links überholt zu werden.

Der Effekt dieser heftigen programmatischen Auseinandersetzung im christlichen Lager ist nun allerdings, dass die gesetzgeberische Wurstelei, die früher in der gegenseitigen Blockade von rot-grüner Mehrheit im Bundestag

und schwarzer Mehrheit im Bundesrat ihre Ursache hatte, nun durch das Gezerre innerhalb der Unionsparteien verlängert wird.

So kommt es, dass jetzt aufs Neue die Klage zu hören ist, die Regierung lasse den „großen Wurf“ vermissen, sie reiße nicht das Steuer herum und versäume die Gelegenheit zur fälligen Wende. Diese Klage verkennt nicht nur die Funktionsregeln einer Großen Koalition – sie verkennt überhaupt den Spielraum der Regierung in einem föderal, korporativ und sozial hoch differenzierten Gemeinwesen.

In einer Großen Koalition ist nun einmal der Kompromiss das Schmiermittel des Regierungsgeschäftes; dieses Schmiermittel jedoch zerfrisst die Richtlinienkompetenz des Kanzlers; Konsens bedingt Kuhhandel. In solch einer Koalition kann keiner der Partner seine Maximalforderungen durchsetzen. Schon gar nicht darf man verlangen oder erwarten, dass in einem Bundesstaat die Ministerpräsidenten der Länder vor der Zentralregierung kuschen; dazu haben sie zu viele eigene Interessen und Ambitionen. Die Bundeskanzlerin hat dies rasch begriffen. Seit dem Wahlschock vom 18. September singt sie ein ganz anderes Lied als vorher. Kein Ton mehr über große Würfe oder Politik aus einem Guss; keine Reformen mehr im Bulldozer-Stil; kein leichtfertiges Gerede mehr über „durchregieren“ – also in Bundestag und Bundesrat alles mit starker Hand von oben ins Lot bringen.

„Kleine Schritte“ ist Merkels neue Parole, Hauptsache, sie führen in die richtige Richtung – *piecemeal engineering* also, um einen Begriff Karl Poppers zu verwenden, zentimeterweise Verbesserung, Stückwerk und Flickwerk. In einer Verhandlungsdemokratie kann kein Regierender mit einem Schlage alles ändern, was er vorgefunden hat. Er – oder sie – kann lediglich versuchen, die Dinge durch einen bald kleineren, bald größeren

Ruck voranzubringen. Dies zwingt jedes Mal zum Improvisieren, Lavieren und Taktieren, zum Verhandeln und Kompromisse-Schließen – und zuweilen unvermeidlicherweise auch zum zeitweiligen Schleifenlassen der Dinge. Das Mögliche bleibt dabei wohl immer hinter dem Optimalen zurück. „Alle Politik beginnt mit der Anerkennung der Realität“, sagt die Bundeskanzlerin.

These Nr. 4

Die Aufgaben, vor denen die Bundesregierung steht, sind gewaltig. Schröders Agenda 2010 muss in einigen Teilen nachgebessert, in ihren wesentlichen Teilen fortgeführt werden. Dem ersten Schritt der Föderalismusreform muss ein zweiter folgen, der die Finanzverfassung im Bund-Länder-Verhältnis auf eine neue Grundlage stellt. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen bleibt eine Daueraufgabe. Gesundheitsreform, Reform der Altersversorgung, weitere Steuerreformen sind in Arbeit. Nach wie vor wird es darauf ankommen, die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, ohne den weniger beweglichen Teil des Volkes in die Armut der jüngst entdeckten neuen Unterschicht zu stoßen – wobei es ebenso wichtig sein wird, der breiten Mittelschicht das Gefühl zu nehmen, sie sei den Stürmen der Globalisierung hilflos und schutzlos ausgesetzt. Staat und Wirtschaft müssen mehr für Forschung und Entwicklung, für Bildung und Ausbildung tun. Im Lichte der schrumpfenden Bevölkerungszahl muss eine vernünftige Familienpolitik über das jüngst beschlossene Elterngeld hinaus den jungen Menschen Mut zum Kind machen. Fast zehn Prozent unserer Mitbürger sind fremdstämmige Zuwanderer, rund 2,5 Millionen davon muslimische Türken, die gesellschaftlich und kulturell zu integrieren eine viel zu lange ignorierte Notwendigkeit ist – auch hier besteht dringlicher Handlungsbedarf.

Diese umfängliche Agenda lässt naturgemäß weder einfache noch schnelle Lösungen zu. Letztlich geht es darum, den deutschen Sozialstaat neu zu begründen – mit dem Ziel, ihn überlebensfähig zu machen im Zeitalter der Globalisierung. Dabei ist es meine feste Überzeugung, dass wir unsere soziale Marktwirtschaft des Attributs „sozial“ in keinem Falle entkleiden werden. Am Ende der Anpassungsreform wird nicht das amerikanische Modell des Kapitalismus stehen, sondern vielmehr ein in Richtung Skandinavien modifiziertes Modell des „Rheinischen Kapitalismus“. Es wird ein Kapitalismus sein, den nicht nur die „unsichtbare Hand“ des Adam Smith auszeichnet, sondern auch ein sichtbares Herz.

Wie er im einzelnen zu gestalten sei – das wird in den kommenden Jahren zum Kern der innenpolitischen Auseinandersetzung in Deutschland werden. Die Grundfärbung dieser Auseinandersetzung allerdings wird nicht marktradikal sein. Zum Leidwesen aller wirtschaftsorthodoxen Theoretiker, die ihren Vorstellungen anhängen dürfen, ohne sich je um deren politische Durchsetzung und gesellschaftliche Akzeptanz kümmern zu müssen, wird die ideologische Grundierung dieser Debatte in beiden Volksparteien eher sozialdemokratisch ausfallen. Anders lässt sich in der Bundesrepublik keine Wahl gewinnen.

These Nr. 5

Was ich bisher zur deutschen Innenpolitik gesagt habe, lässt sich in dem Befund zusammenfassen: Es herrscht auf diesem Felde eine erstaunliche Kontinuität. Es bleibt bei der Reformpolitik, die Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeleitet hat. Die CDU hat den darüber hinaus gehenden revolutionären Ideen des Leipziger Parteitages den Rücken gekehrt. Die

Politik der Großen Koalition läuft auf maßvollen Umbau hinaus, nicht auf Umbruch oder Umsturz.

Ähnliches lässt sich für die deutsche Außenpolitik sagen. Auch hier ist Kontinuität Trumpf. Ein grundsätzlicher Wandel hat sich im ersten Regierungsjahr der Großen Koalition nicht vollzogen. Was sich verändert hat, ist allenfalls der Stil, die Präsentation, der Ton.

Frau Merkels Kennzeichen sind unaufdringliche Entschlossenheit und zwanglose Selbstsicherheit; sie ist solide, aufrecht und direkt; und sie sagt ohne alle Zaghaftigkeit ihre Meinung, auch wenn ihre Gesprächspartner manchmal hart schlucken müssen – so der amerikanische Präsident George W. Bush, wenn sie ihm im Rosengarten des Weißen Hauses vor den Fernsehkameras ins Gesicht sagt, Guantanamo dürfe nicht mehr lange existieren, und hinzusetzt: „Auch beim Kampf gegen den Terrorismus darf der Zweck nicht die Mittel heiligen.“ So der russische Präsident Wladimir Putin, den sie in Tomsk ob seiner Behandlung der Nichtregierungsorganisationen und wegen seiner Tschetschenienpolitik ins Gebet nahm. So die chinesischen Führer, die sie an „die Unteilbarkeit der Menschenrechte“ erinnerte und denen sie wegen der massiven Verletzungen der intellektuellen Eigentumsrechte – zu deutsch: wegen der chinesischen Produktpiraterie – die Leviten las.

Auch Frank-Walter Steinmeier, der Außenminister der Großen Koalition, unterscheidet sich in Stil und Auftreten von seinem Vorgänger Joschka Fischer. Er ist kein Mann des grandiosen Auftritts, der theatralischen Rede, des bewegten Gestus – eher ein stiller, aber zäher Vermittler, ein Mann leidenschaftsloser Zielgerichtetheit und konsequenter Sachlichkeit. Die beiden, die Kanzlerin und der Außenminister, arbeiten übrigens reibungslos

zusammen. Sie haben den Stil der Berliner Außenpolitik geändert, aber nicht deren Substanz.

These Nr. 6

Dies gilt zunächst einmal für die Vereinigten Staaten. Die enge Bindung zu Amerika war seit Kriegsende für jede deutsche Regierung verpflichtend. Den USA verdankt die Bundesrepublik, dass sie in vierzig Jahren Kalter Krieg allen aggressiven Gelüsten der Sowjetunion hat widerstehen können; dass Westberlin in zwei Krieg-in-Sicht-Krisen, 1948/49 während der Blockade und 1958/61 in Chruschtschows Ultimatus-Krise – als Leuchtfeuer der Freiheit überleben konnte; letztlich auch, dass das geteilte Deutschland nach dem Fall der Berliner Mauer gegen die Skepsis von Margaret Thatcher, François Mitterrand und Giulio Andreotti zurückfand zu seiner nationalen Einheit.

Gerhard Schröder hat ja auch an dieser engen Bindung nicht rütteln wollen: Er brach mit George W. Bush wegen des mit fadenscheinigen, bewusst gefälschten, ideologisch manipulierten Beweisen leichtfertig vom Zaun gebrochenen Irak-Krieges; er brach nicht mit Amerika. Heute, wo sich der Irak im Chaos aufzulösen droht, wissen zwei Drittel der Amerikaner, dass Kanzler Schröder Recht hatte; vorige Woche haben sie George W. Bush die Quittung dafür ausgestellt. Schröders Nachfolgerin wird wissen, dass fraglose und klaglose Nibelungentreue in ähnlich gelagerten Fällen ihr nicht zum Heil ausschlagen würde, zum Beispiel im Problemfall Iran, sollte er je akut werden. Ich bin überzeugt, dass sie ebenso wenig wie Schröder gegen den Irak mit deutschem Militär in einen Feldzug gegen Iran ziehen würde. Auch sie müsste im deutschen Interesse sich bemühen, die Chancen des Friedens gegen die Logik des Krieges zu verfechten.

Angela Merkel hat sich beeilt, das deutsch-amerikanische Verhältnis zu entgiften; dies ist ihr auch gelungen. Die Chemie zwischen Präsident und Kanzlerin stimmt. Oft und gern sagt sie, dass ein vertrauensvolles und freundschaftliches Verhältnis zu Amerika unverzichtbar ist; dies schließe aber nicht aus, dass man sich gelegentlich die Meinung sage. Eine Fülle gemeinsamer Interessen verbinde Deutschland, Amerika und Europa, erklärte sie im Frühjahr in New York. Doch setzte sie flugs hinzu, es sei absolut legitim für alle, im Sinne ihrer eigenen Interessen zu handeln. Ihr Satz: „Die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika lassen sich nicht ausschließlich auf die Nachkriegszeit gründen“, ließ die Schlussfolgerung zu, dass deutsche und amerikanische Interessen nach ihrer Ansicht nicht immer und überall kongruent und konvergent sein müssen. Auch kann man in Merkels Bestreben, die NATO wieder zum zentralen Forum des Westens zu machen, durchaus die Absicht erkennen, die USA wieder in die Multilateralität der Allianz einzubeziehen und das Bündnis nicht bloß zum Werkzeug weltweiter amerikanischer Machtprojektion umschmieden zu lassen.

These Nr. 7

Ich komme nun zu dem Thema, das in Moskau wohl am meisten interessiert: zum Verhältnis zwischen Deutschland und Russland. Auch hier herrscht – lassen Sie mich das vorab sagen – eindeutig Kontinuität, wiewohl die emotionalen Akzente der Berliner Russlandpolitik etwas anders gesetzt sein mögen als zuvor.

Viele Beobachter glaubten, dass der erste deutsche Regierungschef, der in der kommunistischen, sowjetisch besetzten DDR aufgewachsen ist, Berlins Russlandpolitik auf jeden Fall mehr Distanz, Schärfe, auf jeden Fall

Zurückhaltung gegenüber Moskau verordnen würde. Nichts dergleichen ist zu beobachten. Die Kanzlerin gibt sich nicht so begeistert wie Gerhard Schröder, der „Russland, dem global player“ und dem Freund Putin in seinen Memoiren ein bemerkenswertes Kapitel widmet; sie würde den russischen Präsidenten wohl nicht einen „lupenreinen Demokraten“ nennen. Aber die Einbindung Russlands in die europäische Zusammenarbeit ist ihr genauso wichtig wie ihrem Vorgänger. Wie er, so erkennt auch sie die Bedeutung Russlands als Energielieferant – Deutschland bezieht heute 41 Prozent seines Erdgases und 32 Prozent seines Erdöls aus Russland, daher hat auch die neue Regierung anstandslos die Kreditbürgschaft gebilligt, die ihr Vorgänger Gazprom in Aussicht gestellt hatte. Und wie Schröder weiß Angela Merkel, dass Russland Zeit braucht, um den weiten Weg vom kommunistischen Totalitarismus zu einer stabilen demokratischen Ordnung zurückzulegen.

Ich habe die Bundeskanzlerin im Frühjahr in New York gehört, als sie einer amerikanischen Zuhörerschaft erklärte: „Wir wollen das Gas haben, und wir wollen das Öl haben.“ Hinter ihrem eindrucksvollen Plädoyer für eine strategische Partnerschaft stand nicht nur schnödes Energie-Kalkül. Europas internationales Umfeld lässt sich nicht ohne die Mitwirkung Moskaus gestalten; deswegen sollte unsere Partnerschaft möglichst eng werden. Darin sind sich in Berlin alle Parteien einig, und die Bundesregierung wird sich in Brüssel auch mit ganzer Kraft in diesem Sinne einsetzen.

Ich will aber nicht verhehlen, dass es auch drei Aspekte gibt, die in Deutschland eine gewisse Beunruhigung auslösen. Das ist zunächst die russische Politik gegenüber dem „nahen Ausland“ – besonders die negative Haltung zu den Revolutionsbewegungen in der Ukraine und Georgien, aber auch die Unterstützung der letzten europäischen Diktatur in Belarus. Daneben findet die harsche Strategie, die der Kreml in Tschetschenien verfolgt, in

Deutschland bei aller Einsicht in die Schwierigkeiten, denen Russland an seinem weichen Unterleib begegnet, nur wenig Verständnis.

Besorgnis erregen zweitens alle Anzeichen, die darauf hindeuten, dass Russland, die neue Energie-Großmacht, seine Öl- und Gasreserven einsetzt wie früher seine Atomwaffenarsenale – als Druckmittel, um Partner, Nachbarn oder Widersacher gefügig zu machen. Auch hier schrecken die Fälle Ukraine und Georgien. Desgleichen ist die Stornierung von Bohrlizenzen für westliche Ölgesellschaften und die Abschottung wichtiger russischer Industriebranchen gegenüber ausländischen Mehrheitseigentümern – bei gleichzeitigem Drängen von Gazprom auf westliche Märkte – mit Unbehagen registriert worden. Die Weigerung von Präsident Putin, einem europäischen Energiepakt näher zu treten, hat diesem Unbehagen frische Nahrung zugeführt. Man kann nur hoffen, dass es beim bevorstehenden EU/Russland-Gipfel ausgeräumt werden kann.

Drittens gibt der Zustand der Pressefreiheit in Russland vielen Menschen im Westen, zumal jedem Journalisten, einen Anlass zu großer Sorge. Der Mord an Anna Politowskaja, in wessen Auftrag auch immer, wirkte da wie ein Fanal. Er erinnerte die Öffentlichkeit daran, dass seit 1992 schon an die hundert russische Journalisten ermordet worden sind; dass viele Medien nur noch vordergründige Unabhängigkeit genießen, in Tat und Wahrheit aber am Leitseil mächtiger halbstaatlicher, mit dem Kreml eng verbandelter Großunternehmen hängen; und dass auf der diesjährigen, von „Reporter ohne Grenzen“ aufgestellten Rangliste der Pressefreiheit Russland auf Platz 147 gerutscht ist, noch weit hinter Zimbabwe.

These Nr. 8

Bisher ist die Bundeskanzlerin noch eine weltpolitische Novizin. Zwar hat sie seit ihrem Amtsantritt in allen wichtigen Hauptstädten außer Tokio und New Delhi ihre Visitenkarte abgegeben. Und sie hat auf unzähligen internationalen, vor allem europäischen Konferenzen eine gute Figur gemacht. Nirgendwo ist sie über den roten Teppich gestolpert. Doch Staatsbesuche machen allein noch keine Außenpolitik. Die Krise, in der sie Rückgrat beweisen muss, nicht nur Stil, liegt noch vor ihr.

Durch die Libanonkrise hat sich die Bundesregierung hindurchgestolpert: Erst hat sie beschämend spät in den Ruf nach einem Waffenstillstand eingestimmt, dann eine klare Definition des Unifil-Mandats für die deutsche Marine, die vor der libanesischen Küste den Waffenschmuggel für die Hisbollah unterbinden soll, so nachlässig ausgehandelt, dass sich der Bundestag nicht ganz ohne Grund düpiert fühlen durfte. Die Kongo-Mission, mit eher windigen Argumenten begründet, hat die Bewährungsprobe noch vor sich. Ganz grundsätzlich aber gilt, dass ein klares außenpolitisches und sicherheitspolitisches Konzept bisher noch nicht sichtbar geworden ist, auch nicht in dem neuen Weißbuch. Es ist viel von universellen Werten die Rede, doch wenig von konkreten Interessen. Es fehlt an nachvollziehbaren Kriterien für Auslandseinsätze der Bundeswehr, die heute 10.000 Soldaten und Soldatinnen auf elf auswärtigen Schauplätzen postiert hat, vom Balkan bis Afghanistan und von Kinshasa bis Djibouti. Dabei verstärkt sich zusehends der Eindruck, dass die Streitkräfte überfordert und unterfinanziert sind, überdehnt und zugleich unterausgerüstet. Die Bundesregierung will mehr weltpolitische Verantwortung übernehmen, heißt es in den amtlichen Verlautbarungen, doch die Haushaltsansätze entsprechen weder im Verteidigungsministerium noch im Auswärtigen Amt oder dem Ministerium

für Wirtschaftliche Zusammenarbeit solchem politischen Ehrgeiz. Hinzu kommt, dass die Öffentlichkeit zu zwei Dritteln unbegrenzte Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt.

These Nr. 9

Scharfe Konturen hat die Berliner Außenpolitik unbestreitbar im Hinblick auf Europa. Im ersten Halbjahr 2007 hat Deutschland die EU-Präsidentschaft inne, und das ganze Jahr über den Vorsitz der G-8. Die Frage ist: Kann Berlin die hochgespannten Hoffnungen erfüllen, die allenthalben auf die Deutschen gesetzt werden? Kann es im arabisch-israelischen Konflikt den entgleisten Friedensprozess wieder auf die Schiene setzen? Kann es helfen, die vielfältigen Zeitbomben zu entschärfen, die rings um den Globus bedrohlich ticken? Ich denke da an den künftigen Status des Kosovo, Irans Nuklearprogramm und Nordkoreas Kernwaffengier, an die Gefahren auch, die der fortschreitenden Proliferation von Massenvernichtungswaffen innewohnen, oder an den Völkermord in Darfur. Ich denke weiter an den Kollaps der Doha-Runde, an den nicht mehr zu leugnenden Klimawandel, die kritisch werdende Energieversorgung, den Armutsdruck in den Entwicklungsländern und die grenzüberschreitenden Migrationsströme.

Um ehrlich zu sein und realistisch zu bleiben: Ich glaube nicht, dass all diese Probleme, die teils ja apokalyptisches Ausmaß haben, in den kurzen 12 Monaten einer weithin formellen Doppelpräsidentschaft – EU und G-8 – einer Lösung näher gebracht werden können. Ein einziges Land, sei es noch so überzeugungsstark, vermag da nur wenig.

Umso wichtiger wird es sein, innerhalb der Europäischen Union die Kräfte zu bündeln. Es wird denn auch das Hauptanliegen der Berliner Politik im kommenden Jahr sein, die Reflexionspause zu beenden, die sich die Europäer nach dem französischen „Non“ und dem holländischen „Nee“ zum Verfassungsvertrag der Union verschrieben haben. Die Bundeskanzlerin lässt derzeit in allen Berliner Ministerien die Sicherheitsschubladen nach Ideen durchwühlen, wie der festgefahrene EU-Karren wieder flott gemacht werden könnte.

Die auf sie gerichteten Erwartungen sind dabei gewiss überzogen hoch. Zum Teil liegt dies daran, dass es auf der europäischen Szene heute weithin an starken Führungsfiguren fehlt. Tony Blair in London und Jacques Chirac in Paris sind Auslaufmodelle; beide werden im Mai 2007 abgelöst. Romano Prodi in Rom hat reichlich Anfangsschwierigkeiten. Die Regierenden in Polen, Tschechien und Ungarn sitzen nicht sehr fest im Sattel. Es fehlen der Kanzlerin in dieser Phase die Partner, die sie brauchte, um die ächzenden Institutionen und Verfahren der EU den Notwendigkeiten einer bald 27 Mitglieder zählenden Gemeinschaft anzupassen. Dies wird von vornherein die Gestaltungsmöglichkeiten der Bundeskanzlerin mindern.

Die Kapitelüberschriften ihres Arbeitsprogramms sind klar.

- Es geht um die Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Dynamik (Stichwort Lissabon -Prozess).
- Es geht um Energiesicherheit – im Frühjahr soll ein Aktionsplan Energie verabschiedet werden, der auch den Schutz des Weltklimas einbezieht.
- Es geht um die Stabilisierung unserer unmittelbaren geographischen Umgebung – Stichwort Europäische Nachbarschaftspolitik. Dabei wird

endlich doch diskutiert werden müssen, wo eigentlich im Osten und Süden die Grenzen der EU liegen sollen. Wegen der umstrittenen Türkei wird dies eine schwierige Diskussion werden.

- Und es geht nicht nur um gemeinsamen Außenhandel, sondern auch um gemeinsames Außenhandeln.

In erster Linie aber geht es um den Verfassungsvertrag, den die Franzosen und Niederländer in ihren Referenden abgelehnt, 16 Mitglieder aber ratifiziert haben; sieben haben die Ratifizierung vorläufig ausgesetzt.

Dabei unterliegt es keinem Zweifel, dass der Verfassungsvertrag in der ursprünglichen Form nicht zu retten sein wird. Mit seinen 342 Artikeln, fünf Protokollen und zwei Erklärungen auf insgesamt 324 Seiten ist er ein konstitutionelles Monster. Seine Wiederbelebung *in toto* ist wenig wahrscheinlich. So liegt es nahe, aus der Teigmasse die Rosinen herauszupicken und auf diese Weise das reibungslose Funktionieren der Union unentbehrlichen Elemente des Vertrages zu retten: die Stärkung der Präsidentschaft und Verlängerung ihrer Amtszeit auf zweieinhalb Jahre; den Europäischen Außenminister und den Europäischen Auswärtigen Dienst; vor allen Dingen jedoch die Ausweitung der Themen, über die mit einfacher Mehrheit abgestimmt werden kann. Sicher kann das Dokument auch nicht mehr „Verfassung“ heißen; „Grundgesetz“ oder „Grundvertrag“ wären denkbare und brauchbare Ersatztitel.

Es erscheint ausgeschlossen, dass Angela Merkel in den wenigen Wochen zwischen den Wahlen zur französischen Nationalversammlung und dem Wechsel in Downing Street 10 die Verfassungsangelegenheit unter Dach und Fach bringen kann. Indessen jährt sich am 25. März 2007 zum fünfzigsten Mal der Tag, an dem die Römischen Verträge unterschrieben worden sind, die

Gründungsurkunden der künftigen Europäischen Union. In der „Berliner Erklärung“, die derzeit in den EU-Kanzleien ausgearbeitet wird, sollten wenigstens die Richtung und das Ziel des weiteren Vorgehens geklärt werden können. Im Übrigen ist zu hoffen, dass die 50-Jahr-Feier die Stimmung verbessert und den 455 Millionen EU-Bürgern wieder ins Bewusstsein hebt, welche Europa eine einzigartige Erfolgsgeschichte Europa doch ist. Im Laufe des zurückliegenden halben Jahrhunderts hat es schon unzählige Krisen überwunden. Es wird auch die Verfassungskrise überwinden und sich aus der gegenwärtigen Stagnation herausarbeiten.

These Nr. 10

Meine zehnte These ist eine eher allgemeine. Deutschland ist heute ein ganz normales Land. Zugegebenermaßen hat es Probleme, doch sind dies dieselben Probleme, mit denen sich alle anderen alten Industrienationen auch herumschlagen: schrumpfende Bevölkerung, Integration von Millionen Zuwanderern, die Abwanderung von Arbeitsplätzen im Zuge der Globalisierung. Hinzu kommen die Probleme, denen wir uns alle gegenübersehen: Klimawandel und Energiesicherheit; Abwehr des Dschihad-Terrorismus, ohne dass daraus ein *clash of civilizations*, ein Zusammenprall der Kulturen entsteht; Eindämmung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen; Schließung der Kluft zwischen Nord und Süd. Auch andere Fragen, die uns bedrücken, sind keine ausschließlich deutschen Fragen. Zum Beispiel die schwierige Frage: Wie werden wir mit der neuen Arbeitswelt fertig? Ist Massenarbeitslosigkeit nur ein vorübergehendes Ergebnis – oder ist sie eine Erscheinung, mit der wir im Zeitalter der Globalisierung zu leben lernen müssen?

Eines möchte ich in diesem Zusammenhang unterstreichen: Zum ersten Mal seit Jahrhunderten gibt es heute keine „Deutsche Frage“ mehr, „Deutsche Frage“ mit großen Anfangsbuchstaben geschrieben. Seit der Wiedervereinigung im Jahre 1990 sind wir so saturiert, wie uns Bismarck schon haben wollte. Und wir leben in Frieden mit unseren Nachbarn, ohne Ansprüche territorialer oder ethnisch-nationaler Art gegen irgend jemanden.

Es ist richtig, dass die Wiedervereinigung uns zum einzigen Land der Welt gemacht hat, das sich zugleich mit den Problemen des Westens und des Ostens herumzuschlagen hat: Wir müssen zur selben Zeit die Transformation des kommunistischen DDR-Systems und die Modernisierung der sozialen Marktwirtschaft in der alten Bundesrepublik bewerkstelligen. Seit der Wiederherstellung der Einheit haben wir insgesamt etwa 1200 Milliarden Euro von West nach Ost transferiert, jährlich etwa 4 bis 5 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes – was bei weitem die 2,5 Prozent übersteigt, die Amerika vier Jahre lang für den Marshallplan bereitgestellt hat. Das Ergebnis ist eindrucksvoll: Die neuen Bundesländer leuchten wieder, die schönen alten Städte sind weithin saniert, die Infrastruktur ist modernisiert. Aber die Probleme sind beträchtlich. Der Osten wurde erst entindustrialisiert, jetzt entvölkert er sich – fast zwei Millionen Menschen haben Ostdeutschland seit dem Ende der DDR verlassen. Zwar entstehen langsam die von Helmut Kohl beschriebenen „blühenden Landschaften“, es bilden sich die ersten Inseln des Wohlstands. Aber die Arbeitslosigkeit ist im Osten doppelt so hoch wie im Westen. Und auch das Lebensgefühl, die Mentalitäten haben sich noch nicht angeglichen. Es wird noch eine halbe Generation, vielleicht sogar eine ganze Generation vergehen, bis die letzten Spuren der vierzig Jahre Teilung getilgt sind. Dies wird weiterhin einen kühlen Kopf, ein weites Herz und einen langen Atem erfordern.

Aber ich bin der festen Überzeugung, dass wir es schaffen werden. Und ich bin ebenso überzeugt, dass die Mühen des Wieder-Eins-Werdens Deutschland nicht daran hindern werden, in der internationalen Politik mit Augenmaß und Vernunft, dem Frieden verpflichtet und dem Prinzip des Ausgleichs von Gegensätzen, sein volles Gewicht auf die Waagschale zu legen.